



## Islam auf dem Vormarsch

Rund 3,5 Millionen Muslime leben bei uns, die Hälfte sind türkische Staatsbürger. Fast dreitausend Moscheen und Gebetshäuser stehen in Deutschland, 1970 waren es nur drei. Viele muslimische Einwanderer sind angepasst und rechtstreu. Doch in Großstädten wachsen muslimische Parallelgesellschaften, die Sprache, Werte und Kultur des Landes, in dem sie leben, ablehnen. Radikale Vereine und Verbände nutzen das, um die Islamisierung voranzutreiben.

## Zwielichtige Islam-Verbände

Einflussreiche Verbände, die sich als Interessenvertreter aller Muslime aufspielen, wollen nicht Integration, sondern

die Zementierung von Parallelgesellschaften und sind oft Tummelplatz für Islamisten und Verfassungsfeinde. Sie in sogenannten „Islamkonferenzen“ zu hofieren ist grundfalsch und stößt säkulare und integrationsbereite Muslime vor den Kopf. Die Republikaner wollen dagegen islamistische und terroristische Bestrebungen durch Überwachungsmaßnahmen, Verbote von Vereinen, Schließung radikaler Moscheen

und Kulturzentren und Ausweisung erkannter Islamisten und Hassprediger im Ansatz bekämpfen.

## Antisemitismus und Deutschenhass

Antisemitismus und deutschfeindlicher Rassismus, der sich aus dem Überlegenheitsgefühl des Islam gegenüber anderen Religionen speist, untergräbt die öffentliche Sicherheit. Importierter Antisemitismus muslimischer Einwanderer ist zur größten Bedrohung jüdischen Lebens in Deutschland geworden. Hier muss durchgegriffen werden.

## Aushöhlung des Rechtsstaats

Grundlage des Zusammenlebens in Deutschland ist die bestehende Rechts- und Werteordnung des Grundgesetzes und der deutschen Gesetzbücher, der sich auch alle hier lebenden Muslime unterordnen müssen. Die Anwendung des Scharia-Rechts in Deutschland, etwa bei Eheschließungen, lehnen die Republikaner strikt ab. Für muslimische Straftäter darf es auch keinen „kulturellen Bonus“ geben. Sogenannte „Ehrenmorde“ müssen deshalb mit lebenslanger Freiheitsstrafe und anschließender Sicherungsverwahrung geahndet werden.

## Meinungsfreiheit in Gefahr

Weltweit versuchen radikale Muslime, durch Morddrohungen, Gewalt und militante Demonstrationen jede Kritik am Islam zu ersticken. Diesen Erpressungen dürfen wir uns nicht beugen: Opfern wir die Meinungsfreiheit, zerstören wir die Freiheit und unsere Demokratie.

## Islamisierung des öffentlichen Lebens

Sport- und Klassenfahrtbefreiungen für muslimische Mädchen, Sonderbadetage für Musliminnen in öffentlichen Schwimmbädern, Schul- und Kantinenessen nach muslimischen Speisevorschriften – in vielen kleinen Schritten setzen muslimische Einflussgruppen die schleichende Islamisierung des öffentlichen Lebens durch. Dem müssen wir uns widersetzen: Eine Minderheit darf nicht der Mehrheit durch Intoleranz und Dauerbeleidigtsein die Lebensweise zu diktieren versuchen.



## Kopftücher? Nein danke!

Einwanderer muslimischen Glaubens müssen sich assimilieren, um sich zu integrieren – so wie alle anderen Einwanderer auch. Das Kopftuch als Symbol des sich abgrenzenden politischen Islams ist frauen- und integrationsfeindlich und eine bewußte Provokation unserer Rechts- und Werteordnung. Die Republikaner haben im Landtag von Baden-Württemberg das Kopftuchverbot im öffentlichen Dienst angestoßen und treten für ein generelles Kopftuch- und Burkaverbot an öffentlichen Einrichtungen nach französischem Vorbild ein.

## Keine neuen Moscheen und Minarette

Moscheen sind keine Gotteshäuser, sondern soziokulturelle Zentren einer Parallelgesellschaft. Den Bau von Großmoscheen und Minaretten als Triumphzeichen der islamischen Landnahme und „Herrschaftssymbole“ (Necla Kelek) lehnen die Republikaner strikt ab. Kommunalpolitiker der Republikaner haben Bürgerinitiativen gegen geplante Moscheebauten vielerorts erfolgreich unterstützt. Für die Ausübung der grundgesetzlich garantierten Religionsfreiheit reichen schlichte, der architektonischen Umgebung angepasste Gebetsräume vollkommen aus.



**Wer rechtstreu in Deutschland leben und arbeiten will, unsere Sprache, Werte und Kultur achtet, ist willkommen.  
Wer lieber in einem islamischen Staat leben will, soll sich in einem solchen niederlassen – es gibt viele davon.**